

Von Dario Azzellini, Havanna

Gestern wurde Kubas Einkammerparlament neu gewählt. Der Volkskongress hat wenig reale Macht. Pro Kandidat gibt es einen Sitz und damit keine Überraschungen. Doch jenseits der institutionellen Strukturen ist die Karibikinsel derzeit durchaus im Wandel begriffen.

Die Meinungen zum Wandel in Kuba gehen auseinander: »Gar nichts«, antwortet der Chauffeur auf die Frage, was sich geändert hat, wortkarg. Er drückt auf dem CD-Player der Autoanlage herum und wechselt die Musik. Offensichtlich ist er nicht zum Reden aufgelegt. Dass Kuba im Wandel begriffen ist, zeigt sich für Außenstehende indes schon am Taxi: ein schwarzer Neuwagen mit Schiebetüren und einer Klimaanlage, die das Wageninnere trotz tropischer Außentemperaturen fast auf Gefrierschrankniveau herunterkühlt. Ein Blick nach draußen zeigt weitere Veränderungen: Auf den Straßen herrscht für kubanische Verhältnisse regelrechter Autoverkehr. Neuwagen machen ein gefühltes Drittel des Fuhrparks aus. Und auf den Straßen von Miramar, etwas außerhalb von Havanna, sind beim Vorbeifahren sofort zahlreiche kleine Restaurants und Läden zu sehen, die letztes Jahr noch nicht da waren.

Der Grund für die Kuba-Reise ist das »X. Internationale Arbeitstreffen Emanzipatorischer Paradigmen«. Eine Konferenz, die von linken regierungsunabhängigen Basiskräften organisiert wird und alle zwei Jahre stattfindet. Im zentralen Versammlungssaal des Gewerkschaftshauses, das für die Konferenz zur Verfügung gestellt wurde, hängen an den Wänden Transparente und Fahnen. Auf einem lila Banner verkündet eine Basisorganisation aus Nicaragua ihre Solidarität mit Kuba, auf einem handgeschriebenen Plakat steht »Revolutionär sein heißt Häretiker sein«. »Solidarität mit den



Anziehungspunkt Malecón: Ein junger Kubaner benutzt die legendäre Kaimauer in Havanna zum Absprung ins erfrischende Nass

Foto: ddp images/Ramón Espinosa

Kuba bewegt sich

Die Öffnung und der Wandel auf der Karibikinsel sind sichtbar – mehr Privatwirtschaft und mehr Debatten

Allein das eine Konferenz auf Kuba nicht von offiziellen Regierungsinstitutionen organisiert ist, ist schon eine Besonderheit.

chilenischen Studierenden« verkündet ein anderes Plakat, wieder ein anderes drückt Solidarität mit dem erkrankten venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez aus. Diverse Plakate und Transparente verkünden feministische Positionen, andere wiederum Solidarität mit den Zapatistas aus dem mexikanischen Chiapas. Ausdruck der Vielfalt Lateinamerikas.

Am Ausgang des Saals und draußen stehen Tische, auf denen linke Bücher und Zeitschriften, DVDs, Postkarten, Aufkleber und mit Parolen bedruckte T-Shirts feilgeboten werden. Es sieht aus wie auf jedem linken Basiskonferenz in Lateinamerika. Für die kubanischen Teilnehmer und Teilnehmerinnen ist das aber keineswegs gewöhnlich.

Die Atmosphäre ist ausgelassen, überall bilden sich kleine Gruppen und diskutieren angeregt miteinander. Etwa 400 linke Aktivistinnen und Intellektuelle aus Lateinamerika, den USA und dem Baskenland sind in diesem Jahr gekommen. Die Konferenz wird wesentlich von der Forschungsgruppe GALFISA (Sozialphilosophie und Wertelehre in Lateinamerika) des Philosophieinstituts der Universität von Havanna und vom »Centro Martin Luther King« organisiert. Unterstützung erhalten sie von diversen linken akademischen Organisationen und Bewegungsnetzwerken aus Lateinamerika sowie dem Baskenland. Allein dass eine Konferenz auf Kuba nicht von offiziellen Regierungsinstitutionen organisiert ist, ist schon eine Besonderheit. Doch auch das Format, die Inhalte und die Gäste der Konferenz zeugen von den in Kuba stattfindenden Veränderungen.

Am ersten Abend wird die Konferenz mit Berichten verschiedener Frauen aus den Basisräten des Zentrums Havannas eröffnet. Doch statt von allen erwarteten langatmigen Lobeshymnen auf Regierung, Staat und Sozialismus,

sprechen die Frauen eine nach der anderen von den Schwierigkeiten im Alltag. Eine Frau berichtet davon, keine anständige Wohnung zu haben und auf der Suche nach Verbesserung seit Jahren von allen Behörden abgewiesen zu werden.

Die schonungslosen Berichte der kubanischen Frauen, die zugleich keinen Zweifel daran lassen, dass sie die kubanische Revolution unterstützen, sind so ungewohnt, dass die Internationalistin, die am nächsten Konferenztag den Abend noch einmal zusammenfasst, glatt vergisst, die kritischen Töne zu erwähnen.

In meiner Diskussionsrunde geht es um Volksmacht und Partizipation. Aktivisten aus dem Umfeld der Zapatistas in Mexiko, von den Naza-Indianern in Kolumbien und aus Basisräten aus Venezuela nennen ihrer Ansicht nach notwendige Elemente für einen partizipativen Sozialismus: lokale Selbstverwaltung, Arbeiterkontrolle, demokratische Partizipation an Entscheidungen, die Erarbeitung von eigenen Lösungen auf der Grundlage der eigenen Kultur und vieles mehr. Die Diskussion kommt in Gang. Pablo, Mitte 60, eine ansehnliche Karriere im kubanischen Verwaltungsapparat hinter sich, greift die Frage der Arbeiterkontrolle auf und betont, wie wichtig es sei, gerade jetzt auf Kuba dies zu diskutieren und umzusetzen. »Unser großes Problem ist die Bürokratisierung auf Kuba, wir brauchen mehr Selbstverwaltung.« Es hapert offenbar in der Praxis: »Eigentlich haben wir ja verschiedene

»Staat und Revolution sind eigentlich ein Widerspruch, auch wenn wir in absehbarer Zeit nicht auf den Staat verzichten können.«

Ebenen, auf denen eine direkte Einflussnahme der Bevölkerung auf ihre Belange stattfinden soll, aber es funktioniert kaum und anstatt zu garantieren, die Meinung der Bevölkerung in die Regierungsinstanzen zu tragen, geschieht, wenn überhaupt etwas geschieht, eher das Gegenteil«, so Esther, eine Akademikerin Mitte 50 aus Havanna. Pablo fügt hinzu:

»Staat und Revolution sind eigentlich ein Widerspruch, auch wenn wir in absehbarer Zeit nicht auf den Staat verzichten können angesichts der internationalen Verhältnisse. Daher stellt sich die zentrale Frage, wie wir mit diesem Widerspruch umgehen, damit er nicht die Revolution zunichtemacht.« Aus marxistischer Sicht geht es um eine banale Feststellung, doch für Kuba und jeden anderen parteiorientierten Staatssozialismus eine bis vor kurzem noch unaussprechliche Erkenntnis. Der kubanische Staatsapparat ist indes weit davon entfernt, so unbeweglich zu sein wie von außen häufig dargestellt.

In der Landwirtschaft sind Genossenschaften bereits seit einigen Jahren eingeführt worden. Auch wenn die Partizipation der Beschäftigten noch zu wünschen übrig lässt und die Eingriffe des Staates in die Genossenschaften von ihrer begrenzten Selbstverwaltung zeugen, ist dies ein bedeutender Schritt. Lange Zeit galten Genossenschaften auf Kuba als kleinstädtisch.

Nach der jüngsten Öffnung Kubas für die Privatwirtschaft veröffentlichte die kubanische Soziologin Camila Piñero Harnecker 2011 einen Sammelband zu Genossenschaften im Verlag des unabhängigen »Centro Martín Luther King«. Harnecker, Tochter des Revolutionsführers Manuel Piñero »Rotbart« und der chilenischen Soziologin Martha Harnecker – wollte mit anderen in diesen wichtigen Zeiten des Umbruchs neben dem individuellen Unternehmertum auch Erfahrungen kollektiver Unternehmenspraktiken als Optionen anbieten. Die erste Auflage von 2000 Exemplaren war innerhalb von nicht einmal drei Monaten ausverkauft. Der Staat wurde aufmerksam und nahm das Buch in das offizielle Programm eines staatlichen Verlages auf. Seit einem Jahr diskutiert die kubanische



nd-Karte: Wania Wegener

Regierung nun auch die Umwandlung von verschiedenen Dienstleistungsstrukturen, vor allem von Restaurants und Cafés, und ihre Übergabe an die Beschäftigten.

In jeder Pause bilden sich auf dem Kongress Trauben um die Büchertische, die linke Literatur feilbieten, die sonst auf Kuba nicht zu finden ist. Ana, Agraringenieurin aus Kuba, entdeckt auf einem Büchertisch die spanische Ausgabe von Marina Sitrins Buch zu »Horizontalität: Stimmen der Volksmacht in Argentinien«. In dem Buch berichten Stadtteilversammlungen und besetzte Betriebe über ihre basisdemokratischen Organisationsformen und den Aufbau von Alternativen. Ana ist ganz begeistert: »Das kann ich gut einsetzen bei meiner Arbeit auf dem Land!« Sie arbeitet mit ländlichen Gemeinschaften und mit einigen der neu eingerichteten landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die anwesende Autorin Marina Sitrin, selbst Aktivistin von Occupy Wall Street, schenkt Ana ihr Buch. So handhaben es die meisten anwesenden internationalen Gäste mit den Kubanern und Kubanerinnen, deren Peso-Löhne umgerechnet selten mehr als 25 bis 30 US-Dollar betragen.

Mit ihren regulären Monatslöhnen können staatliche Angestellte auf Kuba zwar das Notwendige zum Leben kaufen und sind angesichts der Leistungen in den Sektoren Bildung, Kultur, Sport und Gesundheit auch nicht aus dem sozialen Alltag ausgeschlossen, »Extras« lassen sich damit jedoch nicht bezahlen. Doch die Extras werden immer häufiger.

Staatliche Geschäfte und sogar kleinere »Einkaufszentren« bieten zunehmend importierte Waren und Lebensmittel gegen konvertierbare Kubanische Peso (CUC) an. Ein CUC entspricht einem US-Dollar und ist derzeit etwas mehr Wert als 24 reguläre kubanische Pesos. Hunderttausende Kubaner und Kubanerinnen haben als Selbstständige, sogenannte cuentapropistas, ihr eigenes Geschäft begonnen. Säfte und Sandwiches werden aus dem Wohnzimmer heraus oder durch die Gitter der Eingangstüren verkauft. Obst- und Gemüsehändler bieten ihre Waren auf Märkten und in Eekläden an, überall entstehen neue »Paladares«, wie die Privatrestaurants genannt werden.

Beim Spaziergang durch Havanna fallen kleine Geschäfte ins Auge, aber auch Lebensmittelhändler mit Karren und Straßen-

Die sozialen Unterschiede wachsen rasant zwischen Stadt und Land, zwischen Selbstständigen und Angestellten, zwischen Berufen mit Kontakt zu Touristen und solchen ohne.

stände mit Büchern, Wasserhähnen, Technikausrüstung und sogar kopierten Filmen, TV-Serien und Musik-CDs. Besonders viele Händler verkaufen importierte Kleidung und Modeaccessoires.

»Es hat sich viel geändert, aber für mich ist alles gleich geblieben«, stellt Daniela nüchtern fest. Sie arbeitet als Ärztin in einer Klinik, ist 45 Jahre alt und lebt mit ihrem Ehemann und ihrer Mutter. »Meine Arbeit ist die gleiche, mein Schichtplan ist gleich geblieben und mein Gehalt ist unverändert. Ich sehe, dass ständig neue Geschäfte und Restaurants eröffnen, ich kann mir aber nichts davon leisten.« Daniela ist bedingt durch ihre Arbeit immer wieder mal im Ausland, sie reist zu Kongressen und Konferenzen, kürzlich war sie in Frankfurt am Main. So wie vielen anderen Kubanern auch käme es ihr niemals in den Sinn, nicht nach Kuba zurückzukehren. »Grundsätzlich halte ich Sozialismus für die richtige Gesellschafts-

form. Und auch wenn ich finde, dass einiges in Kuba anders laufen müsste, um weiter in Richtung Sozialismus zu gehen, ich will nicht woanders leben. Und ich will auch keinen anderen Beruf ausüben, ich finde es wichtig und richtig, Ärztin zu sein.« Doch so wie viele andere hoch qualifizierte staatliche Angestellte fragt sich auch Daniela insgeheim, was sie denn falsch gemacht hat, wenn Privilegien nun käuflich sind und Engagement für die Gesellschaft den Zugang eher behindert.

Die sozialen Unterschiede wachsen rasant zwischen Stadt und Land, zwischen Selbstständigen und Angestellten, zwischen Berufen mit Kontakt zu Touristen und solchen ohne. So ziehen es manche hoch ausgebildete Akademiker nun doch lieber vor, ein eigenes Geschäft aufzubauen, anstatt in ihrem Beruf zu arbeiten.

»Ich weiß nicht, ob diese ganze Öffnung für die Privatwirtschaft gut ist«, gibt Malev zu bedenken. Malev, Brite mit asiatischen Eltern, ist erst seit wenigen Wochen in Havanna. Er ist seiner kubanischen Freundin Niuska gefolgt, die er während ihres Studiums in Barcelona kennengelernt hatte. »Einerseits besteht nun auch hier Zugang zu vielen Gütern, die für uns schon lange zum Alltag gehören, andererseits spaltet dies die Gesellschaft. Kurzfristig blieb Kuba vielleicht nichts anderes übrig, aber langfristig ...« Die Bedenken sind Malev ins Gesicht geschrieben.

Am Tag meines Abflugs aus Kuba tritt die neue Reiseregulung in Kraft. Nun können alle Kubaner und Kubanerinnen einen Pass erhalten und reisen, wenn sie die Konditionen der Länder erfüllen, die sie besuchen wollen. Eine Woche später geht der von Venezuela initiierte lateinamerikanische Gemeinschaftssender TeleSUR in Kuba über Antenne auf Sendung – als erster offiziell zu empfangender Auslandssender. Das Kuba sich gerade rasant verändert, steht außer Frage.

Unser Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Linz mit Schwerpunkt Lateinamerika und soziale Transformation.